

## **Große Anfrage**

**der Abgeordneten Kersten Naumann, Eva-Maria Bulling-Schröter, Rolf Kutzmutz, Dr. Klaus Grehn, Dr. Evelyn Kenzler, Dr. Christa Luft, Manfred Müller (Berlin) und der Fraktion der PDS**

### **Die Rolle der deutschen Landwirtschaft in der europäischen Agrarpolitik und die Strategie der Bundesregierung bei der Mitgestaltung der Agenda 2000**

Die Agrarpolitik war und ist einer der entscheidenden Politikbereiche im westeuropäischen Einigungsprozeß. Die in diesem Einigungsprozeß gefundenen Lösungen haben eine stabile Versorgung ihrer Bürger mit qualitativ hochwertigen Nahrungsgütern ermöglicht. Trotz mehrfacher Reformen haben sich jedoch eine Vielzahl von Konflikten angehäuft:

- Das Angebot an Nahrungsgütern übersteigt in der EU trotz Marktregulierungen immer mehr die kauffähige Nachfrage.
- Das Entwicklungsniveau in einigen Gebieten der EU konnte erhöht werden, die Diskrepanz zwischen reichen und armen Regionen hat sich jedoch vergrößert.
- Die Anforderungen an den Schutz der Umwelt und die Sicherheit der Nahrungsgüter sind schneller gewachsen als die entsprechenden Produktionsumstellungen in den Agrarbetrieben. Noch ist der schonende Umgang mit den Ressourcen nicht durchgesetzt, und bestimmte Umweltbelastungen nehmen zu.
- Es hat sich eine große Differenziertheit in den landwirtschaftlichen Einkommen, die im Durchschnitt wesentlich unter den vergleichbaren Einkommen in anderen Wirtschaftszweigen liegen, herausgebildet. Trotz der Schwierigkeiten, eine neue Arbeit zu finden, werden immer mehr Höfe aufgegeben, vergrößern die wegfallenden Arbeitsplätze das Heer der Arbeitslosen.
- Die Verpflichtung der Staaten auf der Welternährungskonferenz 1996 in Rom, die Zahl der 800 000 Hungernden bis zum Jahr 2015 zu halbieren, erweist sich angesichts des sich ausbreitenden Hungers als leeres Versprechen. Der auf dieser Konferenz beschlossene Appell für ein „Recht auf Nahrung“ ist aktueller denn je.

Mit der Agenda 2000 beabsichtigt die EU auch eine weitere Reform der EU-Agrarpolitik. Die dabei formulierten Ziele finden weitgehende Zustimmung. Wie die bisherigen Diskussionen zeigen, besteht allerdings die Gefahr, daß letztlich alle angestrebten Ziele unter den Schlagworten Globalisierung, Flexibilisierung, Deregulierung, finanzielle Entlastung, Verbesserung der Handlungsfähigkeit der EU einer besseren Kapital-

verwertung untergeordnet werden und reine Lippenbekenntnisse bleiben. Notwendig ist eine Agrarentwicklung als ein bewußt gestalteter und die vielfältigen Verflechtungen berücksichtigender Prozeß, der nicht den Marktkräften allein überantwortet werden darf. Vor allem müssen Lösungen gefunden werden, die den sehr unterschiedlichen Entwicklungsstand der Agrarproduktion und ihrer Produktionsbedingungen berücksichtigen. Die Sicherung eines hohen Qualitätsniveaus der Agrarprodukte, der Schutz der Gesundheit der Verbraucher und die Nachhaltigkeit der Agrarproduktion erfordern nicht zwingend die Durchsetzung einheitlicher Regelungen und Vorschriften in allen Bereichen der Agrarproduktion und bei der Verarbeitung von Agrarprodukten. Die Reform der Agrarpolitik muß deshalb vor allem darauf gerichtet sein, standortgerechte Produktion vom Polarkreis bis nach Sizilien zu ermöglichen, den verschiedenen Regionen eine Entwicklungschance zu bieten, vielfältige Unternehmensformen und Wirtschaftsweisen zu realisieren, den Agrarstrukturwandel mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze im ländlichen Raum zu verbinden, Bürokratie zu vermeiden und die Osterweiterung der EU unter Beachtung der historisch gewachsenen Vorzüge und Rückstände in den beitragswilligen Ländern zu vollziehen.

Mit ihrem Vorsitz im EU-Ministerrat in dem Zeitraum, der zur endgültigen Formulierung der Agenda 2000 führen soll, übernimmt die Bundesrepublik Deutschland eine besondere Verantwortung für die Erarbeitung von Lösungen, die tatsächlich alle Ziele der Agenda 2000 in ausreichendem Maße berücksichtigen und die Unterstützung aller Länder mit ihren sehr unterschiedlichen Bedingungen und Interessen finden können.

Wir richten nachstehende Fragen an die Bundesregierung, um zu erfahren, von welcher Einschätzung der aktuellen Situation und von welchen Zielen sie sich in ihrer Europapolitik leiten läßt und um welche Positionen sie bei der endgültigen Verabschiedung der Agenda 2000 ringen wird.

Wir fragen die Bundesregierung:

### **Analyse der Bedingungen für die Agrarproduktion in der EU**

1. Welchen Anteil hat die deutsche Landwirtschaft an der Agrarproduktion der EU, gliedert nach:
  - Flächenanteil nach Flächenarten,
  - Anteil am Produktionsumfang bei den verschiedenen Erzeugnissen der Pflanzen- und Tierproduktion,
  - Anteil der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen nach Tätigkeitsgruppen?
2. Wodurch sind die Produktionsbedingungen in den EU-Mitgliedstaaten charakterisiert, gliedert nach:
  - durchschnittlicher Betriebsgröße,
  - Flächenanteil der verschiedenen Betriebsgrößengruppen an der Gesamtfläche,
  - Arbeitskräftebesatz je Betrieb nach Größengruppen und je 100 ha,
  - Tierbesatz in Vieheinheiten je Betrieb nach Größengruppen und je 100 ha,

- Anteil der Flächen der EU-Länder, die nach den bisherigen EU-Bestimmungen in die Ziel-1- bis -5-Gebiete fallen,
  - durchschnittlichen Niederschlägen und Jahrestemperaturen?
3. Welchen Anteil haben die einzelnen EU-Länder am Agrarhandel, gliedert nach:
- Anteil am Handel der EU innerhalb der EU und am Handel der EU mit Drittmärkten nach wichtigen Agrarprodukten und insgesamt?
4. Welches sind die Haupthandelspartner der EU, gliedert nach:
- Anteil des Ex- und Imports der EU nach Ländern und den Hauptagrarprodukten,
  - Anteil des Ex- und Imports der EU am Welthandel bei den Hauptagrarprodukten insgesamt (ohne Handel innerhalb der EU)?
5. Wie hoch ist der Konzentrationsgrad bei der Verarbeitung von landwirtschaftlichen Rohstoffen in den einzelnen EU-Ländern (z. B. ausgedrückt in der Anzahl der Unternehmen, die 80 Prozent der Agrarerzeugnisse verarbeiten), gliedert nach Verarbeitung von:
- Milch,
  - Schlachtvieh,
  - Zuckerrüben?
6. Wie hoch ist der Konzentrationsgrad im Nahrungsmittelhandel in den einzelnen EU-Ländern (z. B. ausgedrückt in der Anzahl der Handelsketten, die 80 Prozent der Lebensmittel umsetzen)?
7. Wie hoch ist das Einkommen aus landwirtschaftlicher Tätigkeit in den einzelnen EU-Ländern, gliedert nach:
- Einkommen je Betrieb nach Betriebsgrößen,
  - Einkommen je Beschäftigten nach Betriebsgrößen,
  - Anteil des Einkommens aus dem Absatz von Agrarprodukten nach Betriebsgrößen (ohne Ausgleichszahlungen, Prämien und Preisstützungen)?
- Wie hoch ist das durchschnittliche landwirtschaftliche Einkommen zu einem vergleichbaren Einkommen in den anderen Volkswirtschaftszweigen?

### **Finanzierung der EU und Wirtschaftsentwicklung**

8. Wie hoch sind die Zahlungen der EU-Länder in die EU-Kassen, gliedert nach:
- Zahlungen bezogen auf den Gesamtbetrag der Einzahlungen in Prozent,
  - Zahlungen je Einwohner,
  - Zahlungen bezogen auf das Bruttonationalprodukt des jeweiligen Landes?
9. Welche Positionen berücksichtigt die Bundesregierung bei der Ermittlung der „Nettozahlungen“ an die EU, und zu welchem Ergebnis kommt sie dabei?

Welche Schlußfolgerungen zieht sie aus der Stellungnahme des wissenschaftlichen Beirates beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BML) zur „Neuordnung des Finanzsystems der Europäischen Gemeinschaft“?

10. Welche ökonomischen Vorteile entstehen für die Bundesrepublik Deutschland durch die Einführung des Euro, die fortschreitende wirtschaftliche Integration, den erleichterten Zugang zum EU-Markt und andere Aspekte, die nach Meinung der Bundesregierung bei der Diskussion um die „Nettozahlungen“ berücksichtigt werden müssen?
11. In welcher Größe (z. B. Prozentsatz des Wachstums des Bruttoinlandsprodukts) beeinflußt die europäische Integration das Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik Deutschland?
12. Warum ist für die Bundesregierung die Herstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen ein wichtiges Ziel bei der weiteren Präzisierung der Agenda 2000?  
Hinsichtlich welcher Bedingungen wird sie um Gleichheit ringen?  
Welche Chancen sieht sie, diese Bedingungen durchzusetzen, und welcher Aufwand wird damit verbunden sein?
13. Für welche Rahmenbedingungen innerhalb der EU hält die Bundesregierung einheitliche Regelungen für unverzichtbar, um gleiche Wettbewerbsbedingungen für die Agrarunternehmen zu sichern?
14. Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit und Möglichkeit, die durch natürliche Bedingungen und die historische Entwicklung bedingte unterschiedliche Produktivität der Landwirtschaft in den einzelnen EU-Ländern bei der Gestaltung der Wettbewerbsbedingungen zu berücksichtigen?  
In welcher Weise soll sich die Entwicklung von Gebieten mit niedrigerer Produktivität in der Landwirtschaft langfristig vollziehen?
15. Wie sollte sich nach Meinung der Bundesregierung die Höhe der Mittel für den Kohäsionsfonds absolut und pro Kopf der Bevölkerung in der sich erweiternden EU entwickeln?
16. Wie hoch sind die nationalen Agrarausgaben der einzelnen EU-Staaten je Vollbeschäftigten in der Landwirtschaft?

### **EU-Agrarpolitik und internationale Handelsbeziehungen**

17. Zu welchen Veränderungen ihrer agrarpolitischen Regelungen haben sich die EU-Länder im Rahmen der letzten GATT-Runde (GATT: General Agreement on Tariffs and Trade) verpflichtet, und welche Gegenleistungen haben dafür die übrigen Handelspartner erbracht?
18. Welche Hauptforderungen werden die Haupthandelspartner der EU-Länder in die kommende WTO-Runde (WTO: World Trade Organisation) einbringen?  
Welchen wird die Bundesregierung tendenziell zustimmen?  
Bei welchen sieht sie Verhandlungsbedarf bzw. erwartet sie entsprechende Gegenleistungen (welche), und in welchen Punkten verfolgt sie eine entgegengesetzte oder andere Politik, insbesondere im Hinblick auf folgende Positionen der Bundesregierung:

- zur vollständigen Liberalisierung des Handels (Abbau von Zöllen und anderen Handelsbeschränkungen),
  - zum Abbau bzw. der Beseitigung der Agrarsubventionen,
  - hinsichtlich der Anerkennung der jeweiligen Gesundheits- und Veterinärbestimmungen sowie der Vorschriften des Tier- und Umweltschutzes, für Produktionsmethoden und Herstellungsverfahren,
  - zu den Zeitspannen für die Einführung neuer Regelungen,
  - zu möglichen Ausnahmeregelungen und
  - bezüglich der Klärung von Streitfragen, die sich bei der Umsetzung des WTO-Vertrages ergeben?
19. Wie schätzt die Bundesregierung den globalen, zukünftigen Bedarf an Lebensmitteln, die kauffähige Nachfrage nach den Hauptnahrungsgütern, die Entwicklung der entsprechenden Produktion und damit der Weltmarktpreise bei den Hauptagrarprodukten ein?
20. Wie beurteilt die Bundesregierung die Annäherung der Preise für Agrarprodukte innerhalb der EU und der Weltmarktpreise, bzw. unter welchen Bedingungen würde sie Handlungsbedarf sehen?
21. Welchen Einfluß haben die Agrarexporte der EU bisher auf die Weltmarktpreise, wie werden sie sich zukünftig entwickeln, und welche Rückwirkungen wird das auf die Einkommen der Bauern in der EU haben?

### **Einfluß der europäischen Agrarpolitik auf die Entwicklung der deutschen Landwirtschaft**

22. Wie beurteilt die Bundesregierung die weitere Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft und die Intensivierung ihrer Produktion?  
Welche Rolle sollen ihrer Meinung nach dabei Düngung, Pflanzenschutz, Gentechnologie, Mechanisierung und Automatisierung spielen?
23. Welchen Einfluß haben nach Meinung der Bundesregierung der zukünftige Wettbewerbsdruck und die steigende Produktivität in der Landwirtschaft auf die Agrarstruktur, die Anzahl der für die Produktion von Agrarerzeugnissen notwendigen Arbeitskräfte, die Anzahl der Agrarbetriebe und die Art der Flächennutzung in Deutschland bis zum Jahre 2010?  
Wie beurteilt die Bundesregierung die Positionen des Wissenschaftlichen Beirates beim BML zum zukünftigen Agrarstrukturwandel?
24. Welche Chancen sieht die Bundesregierung für eine flächendeckende Landwirtschaft?  
Welche Rolle spielen in ihrem Agrarkonzept der Anbau und die Verwendung nachwachsender Rohstoffe und die Flächenstillegungen?
25. Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, zusätzlich zur Regulierung durch den Markt weitere Instrumente der Preis- und Mengenregulierung für Agrarprodukte beizubehalten oder einzuführen?

26. Bei welchen Agrarerzeugnissen hält die Bundesregierung Marktregulierungen und Marktordnungen für notwendig, und welche konkreten Vorschläge wird sie dazu einbringen?
27. Sollten Marktregulierungen bei den Verhandlungen zur Agenda 2000 keine Zustimmung finden, welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den Interessen der deutschen Bauern durch spezielle nationale Maßnahmen Rechnung zu tragen?
28. Welche Auswirkungen hätten die bisherigen Vorschläge der Agenda 2000 auf das Einkommen der Bauern in Deutschland?
29. Wie würde sich die Durchsetzung der Forderungen der Bundesregierung hinsichtlich der „Nettozahlerposition“ auf die Einkommen der Bauern in Deutschland auswirken?
30. Welche Position vertritt die Bundesregierung hinsichtlich der in der Agenda 2000 vorgesehenen Ausgleichszahlungen für die geplanten Preissenkungen?
- Fordert sie einen vollen Ausgleich für die Preissenkungen?
- In Abhängigkeit von welchen Bezugsgrößen sollten Ausgleichszahlungen gewährt werden?
- Würde die Bundesregierung einer Degression der Ausgleichszahlungen zustimmen und, wenn ja, unter welchen Bedingungen?
- Für welchen Zeitraum und in welcher Höhe sollten die Ausgleichszahlungen gewährt werden?
- Was hält die Bundesregierung von Vorschlägen, die Ausgleichszahlungen an weitere Auflagen zum Schutz der Umwelt und an höhere Anforderungen für die artgerechte Tierhaltung zu binden (Cross Compliance), oder plädiert sie für die gesonderte Bezahlung von Umweltleistungen?
31. Mit welchen Maßnahmen wird die Bundesregierung auf den mit der Agenda 2000 beschleunigten Strukturwandel in der Landwirtschaft reagieren, insbesondere auf den Wegfall von Arbeitsplätzen, die Umverteilung von Einkommen, den Rückgang der ökonomischen Leistungskraft im ländlichen Raum und seiner Auswirkungen auf die Kommunen sowie die Lebensbedingungen in den Dörfern?
32. Worin sieht die Bundesregierung nach der Umsetzung der Agenda 2000 und nach Abschluß der WTO-Verhandlungen die Hauptschwerpunkte einer nationalen Agrarpolitik?
33. Wird die Bundesregierung die Einsparungen im Agrarhaushalt in gleicher Weise fortsetzen wie die Regierung unter Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl?
34. Welche gesetzgeberischen Schwerpunkte will die Bundesregierung im Agrarbereich in Angriff nehmen?

#### **Gestaltung der Osterweiterung der EU im Agrarbereich**

35. Welche Bedeutung hat nach Auffassung der Bundesregierung der Agrarbereich für die Osterweiterung der EU?
- Welche Chancen und Risiken wird sie dabei beachten?

36. Welche Regelungen hält die Bundesregierung bei der Gestaltung der Agenda 2000 für notwendig, damit in den neuen Beitrittsländern eine Entwicklung der Produktivität und der Kapazitäten der Agrarproduktion erfolgt, die es diesen Ländern ermöglichen, ihre Marktchancen überhaupt wahrnehmen zu können?
37. Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, für den Agrarbereich bei der Osterweiterung Lösungen zu finden, durch die die spezifischen Entwicklungsbedingungen (z. B. bei der Agrarstruktur, den Eigentumsverhältnissen, der Agrarverwaltung) der osteuropäischen Länder berücksichtigt und weitergeführt werden können?  
Worin könnten diese Möglichkeiten bestehen?

### **Verflechtung nationaler, europäischer und internationaler Agrarpolitik**

38. Durch welche Lösungen ist nach Auffassung der Bundesregierung das Prinzip der Subsidiarität im Agrarbereich weiter auszugestalten?  
Für welche Sachverhalte (z. B. „gute fachliche Praxis“) sieht sie die Notwendigkeit, die regionale Verantwortung zu erhöhen, regionale Stoff- und Wirtschaftskreisläufe zu fördern und die natürlichen Produktionsressourcen besser zu nutzen?
39. Wodurch ist nach Meinung der Bundesregierung das „Europäische Modell der Landwirtschaft“ charakterisiert, und welche Konflikte entstehen daraus mit den Agrarstrategien der Partner im Rahmen der WTO-Verhandlungen?
40. Welche Auswirkungen hat nach Meinung der Bundesregierung die Liberalisierung der Agrarmärkte auf die Agrarproduktion in den Entwicklungsländern bzw. auf Länder mit hohem Anteil der Landwirtschaft am Bruttosozialprodukt, aber geringer Produktivität?
41. Welche Maßnahmen müssen nach Meinung der Bundesregierung vor allem in Angriff genommen werden, um, wie auf dem Welternährungsgipfel in Rom beschlossen, die Zahl der Hungernden um die Hälfte zu senken und ein Recht auf Nahrung durchzusetzen?

Bonn, den 28. Januar 1999

**Kersten Naumann**  
**Eva-Maria Bulling-Schröter**  
**Rolf Kutzmutz**  
**Dr. Klaus Grehn**  
**Dr. Evelyn Kenzler**  
**Dr. Christa Luft**  
**Manfred Müller (Berlin)**  
**Dr. Gregor Gysi und Fraktion**